Video-Podcast der Bundeskanzlerin #05/2014

08. März 2014

Die Fragen stellte Mohammed Matalqah, Berlin, Informatik-Ingenieur und Doktorand aus Jordanien.

Mohammed Matalqah*:*
Frau Bundeskanzlerin, morgen eröffnen Sie in Hannover die CeBIT 2014. Der Slogan für das Wissenschaftsjahr 2014 lautet: „Die digitale Gesellschaft". Welche Schritte unternehmen Sie, um diesen Slogan im Sinne eines breiten gesellschaftlichen Zugangs zu verwirklichen?

Bundeskanzlerin Merkel:
Ja, Sie haben schon darauf hingewiesen: Dieses Jahr ist beim Wissenschaftsjahr das Thema „digitale Gesellschaft" im Zentrum. Dazu gibt es natürlich eine Vielzahl von Aktivitäten: von einem Schiff, das Informationen weitergibt, bis hin zu vielen Foren, um einfach die tiefgreifenden Auswirkungen der Digitalisierung auch für die Menschen erfassbarer zu machen und zu diskutieren. Was die Bundesregierung macht, ist, dass wir eine Digitale Agenda von 2014 bis 2017 aufstellen, also für diese Legislaturperiode. Natürlich ist da mehr als ein Ministerium verantwortlich. Wir haben im Kern drei hauptverantwortliche Ministerien: das Wirtschaftsministerium, das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur – da geht es um den Breitbandausbau in unseren Gebieten in Deutschland – und das Bundesministerium des Innern; hier geht es vor allen Dingen um die Aspekte des Datenschutzes. Alle drei Minister werden auf der CeBIT den Startschuss für die Digitale Agenda geben. Und gleichzeitig sind natürlich auch die Forschungsbereiche, das heißt das Forschungsministerium, und auch andere mit gefragt – zum Beispiel der Verbraucherschutz. Das heißt, die Bundesregierung nimmt das als ein übergreifendes Thema. Wir brauchen eine Digitale Agenda, um gerade als Industrieland die ganzen Entwicklungen mitzubekommen: Wie wird sich die Industrie in ihrer klassischen Produktionsweise in Richtung der Industrie 4.0 entwickeln, das heißt mit der Verschmelzung der digitalen Welt klarkommen? Davon wird der Wohlstand Deutschlands für die Zukunft abhängen.

Voraussetzung für den breiten gesellschaftlichen Zugang zur digitalen Technologie ist ihre Verbreitung. Welche Verantwortung kommt Deutschland im internationalen Kontext zu? Und welche Maßnahmen wurden und werden hierbei ergriffen?

Erstens, es geht hier um die Teilhabe an einer völlig neuen Technologie. Das heißt, wir müssen erst einmal erreichen, dass alle Menschen überhaupt Zugang zu den Möglichkeiten der digitalen Entwicklung haben. Da geht es um den Ausbau an Breitbandkabeln – auch bis in die ländlichen Regionen. Wir haben eine sehr gute Versorgung in der Stadt, aber wir haben längst noch nicht alle Bereiche in unserem Land angeschlossen. Und wer ein Unternehmen gründen will, wer Kinder hat, die zur Schule gehen, der muss den gleichen Zugang haben wie im städtischen Raum. Zweitens geht es natürlich deshalb auch um eine europäische Herangehensweise: Wir wollen eine Digitale Agenda, einen gemeinsamen digitalen Markt schaffen; auch mit großen Unternehmen, die wettbewerbsfähig sind. Hier hinkt Europa hinterher, wenn wir uns das im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika oder asiatischen Ländern anschauen. Das heißt, wir müssen unsere Kräfte bündeln, um hier auch wirklich voranzukommen. Drittens geht es um den Datenschutz. Die Bürgerinnen und Bürger müssen lernen – und werden lernen –, mit völlig neuen Möglichkeiten von sozialen Netzwerken und Ähnlichem umzugehen. Wir haben heute einen zersplitterten Datenschutz in Europa. Und wir arbeiten an einer sogenannten Datenschutzgrundverordnung, also einem einheitlichen Datenschutzrecht in Europa. Das wäre sehr hilfreich, auch für die Ansiedlung von Firmen. Aber wir haben in Deutschland auch den Anspruch, dass wir unser hohes Datenschutzniveau nicht aufgeben wollen. Und viertens: Wir müssen die Menschen aufklären, gerade auch die Medienerziehung für junge Menschen, für Kinder sehr früh beginnen, damit die Menschen lernen, mit der digitalen Welt umzugehen – mit den vielen Chancen, aber auch den Risiken. Wenn man Informationen über sich preisgibt, muss man immer gewahr sein, dass sie nicht wieder von der Welt verschwinden.

Hinsichtlich der Debatten der vergangenen Monate: Wie lautet Ihre Meinung nun zum Thema Datenschutz und Kommunikationssicherheit? Hat sich Ihre Einstellung geändert?

Ich glaube, die vergangenen Monate haben uns noch einmal vor Augen geführt, was diese neuen Technologien an Möglichkeiten bieten, auch für diejenigen, die nicht befugt sind, dort hineinzuschauen. Da geht es einmal um die politischen Fragen, also um die Fragen: Welche Daten der Bürgerinnen und Bürger werden abgegriffen, zur Terrorismusbekämpfung zum Beispiel? Hier müssen wir die Verhältnismäßigkeit wahren: zwischen der Freiheit der Information, der Freiheit des Bürgers und der Sicherheit des Bürgers. Und an einigen Stellen ist diese Verhältnismäßigkeit nach unserer Auffassung zur Zeit nicht gewahrt. Zum Zweiten müssen wir unsere Wirtschaft darauf vorbereiten, dass es immer wieder Attacken geben kann, zum Beispiel Cyber-Attacken. Viele werden sich daran gewöhnen müssen, dass wir als Staat natürlich nur helfen können, wenn wir auch Informationen über solche Attacken bekommen. Das heißt, die ganze Datensicherheit, auch im Blick auf Wirtschaftsspionage, ist ein sehr entscheidender Punkt. Deshalb haben wir alle Hände voll zu tun. Und drittens komme ich wieder zurück auf die Bürgerinnen und Bürger: Sie müssen für sich entscheiden lernen, was möchte ich preisgeben und was möchte ich nicht preisgeben? Und das ist sicherlich auch ein gesellschaftlicher Entwicklungsprozess, der eine breite Diskussion braucht.

Nun, ist die Datensicherheit eine Angelegenheit der Verbraucher, ob Unternehmer oder Privatpersonen, oder des Staates? Welche Verantwortung trägt dabei Bundesregierung hinsichtlich der Datenschutzgrundverordnung?

Die Bundesregierung trägt die Verantwortung dafür, dass die Grundlagen des Datenschutzes von ihr gesetzt werden. Das werden wir natürlich nicht abgekoppelt von der gesellschaftlichen Diskussion tun können, sondern hier gibt es sicherlich auch kulturelle Unterschiede unter den Ländern. Das heißt, die einen wollen etwas mehr Sicherheit, die anderen etwas mehr Offenheit. Und Deutschland ist mit großer Sicherheit ein Land, das auf den Sicherheitsaspekt viel Wert legt. Das heißt, unbefugtes Benutzen von Daten, gerade auch zum Schutz der persönlichen Würde des einzelnen Menschen, das wird hier – mit Recht – sehr kritisch gesehen. Und das reflektiert auch unser Herangehen an rechtliche Maßnahmen. International muss man sich da natürlich durchsetzen. Und das ist nicht einfach, weil darüber auch sehr unterschiedliche Meinungen existieren. Wir haben auch große Auseinandersetzungen zwischen denen, die das Netz sehr aktiv nutzen und sagen „Alles muss möglich sein“, und auf der anderen Seite auch wieder denen, die sagen „Wir müssen auch das Netz dahingehend überwachen, dass es kein rechtsfreier Raum sein darf“. Unrecht, das im realen Leben geschieht, muss auch im Netz verfolgbar und bestrafbar sein. Und insofern ist das eine sehr schwierige Aufgabe, aber der Staat hat hier eine hohe Verantwortung.

Zuletzt Frau Bundeskanzlerin, welcher Plan besteht zur Bewältigung des Fachkräftemangels in der IT-Branche? Und welche konkreten Maßnahmen ergreift dabei die Bundesregierung?

Wir haben in den letzten Jahren glücklicherweise einen Zuwachs an Beschäftigten im IKT-Bereich. Das heißt, wir haben inzwischen 900.000 Beschäftigte, 86.000 Unternehmen, gute Steigerungsraten; allein im letzten Jahr sind dreieinhalbtausend Unternehmen dazugekommen. Wir können die Möglichkeiten der Start-up-Finanzierung immer weiter verbessern, damit sich kleine Unternehmen gründen können. Wir müssen aber auch – und da kommt wieder Europa ins Spiel – darauf achten, dass wir zusammenhängende Märkte haben, damit zum Beispiel Unternehmen, die sich mit Sicherheitstechnik beschäftigen, auch wachsen können und in Europa auf die gleichen Rahmenbedingungen stoßen. Dann haben wir eine Förderung insgesamt – in den mathematisch-ingenieurwissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fächern. Dazu gehören dann auch die IKT-Ausbildungen. Das heißt, es gibt durch den Hochschulpakt viele neue Studienplätze. Der Bund beteiligt sich auch an den guten Bedingungen für weiterführende Abschlüsse, zum Beispiel Promotionen, Masterstudiengänge. Wir lassen die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wachsen. Wir haben hier sehr stabile Finanzierungszusagen gemacht. Und wir versuchen seit Jahren – und

auch mit langsamem, aber leider wirklich langsamem Erfolg –, auch mehr Mädchen für den gesamten Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie zu begeistern. Und ich werde jetzt, Ende März, beim Girls' Day auch gerade Mädchen wieder darauf hinweisen, welche vielen neuen Berufe es gibt, auch mit guten Verdienstchancen, in denen man wirklich Karriere machen kann. Und das sollte nicht nur eine Möglichkeit für männliche Bewerber sein, sondern für beide Geschlechter.